

Ist die «Energiestrategie 2050» politisch durchsetzbar?

Es ginge auch einfacher

Sowohl die Argumentation für die Energiewende als auch ihre Ausgestaltung sind wenig fundiert und widersprüchlich. Gegen die meisten Pläne regt sich jetzt schon Widerstand.

Fukushima hätte verhindert werden können

Seinen Atomausstiegentscheid begründete der Bundesrat mit dem Reaktorunfall von Fukushima-Daiichi. Ziemlich bald nach dem Unfall verkündete Bundesrätin Doris Leuthard, in Fukushima hätte sich das «Restrisiko» der Kernenergie gezeigt und diese sei deshalb nicht mehr tragbar. Dem widersprach kürzlich eine unabhängige, vom japanischen Parlament eingesetzte Untersuchungskommission deutlich; Fukushima sei ein «disaster made in Japan» gewesen, dessen Ursachen in den «Konventionen der japanischen Kultur» zu suchen seien. Eigenheiten wie reflexartiger Gehorsam und die Neigung, sich an Systemen und Abläufen festzuklammern, hätten zu einer mangelhaften Sicherheitskultur geführt. Andernfalls, so der Vorsitzende der Kommission, «hätte der Unfall vorhergesehen und verhindert werden können und sollen».

Begründung hinfällig

Der Fukushima-Unfall hätte mit einer etablierten Sicherheitskultur verhindert werden können. Diese Sicherheitskultur wird in den Schweizer Kernkraftwerken täglich gelebt. Das zeigten nicht zuletzt die EU-Stresstests, denen die Schweizer Werke nach Fukushima unterzogen wurden. Solche Überprüfungen

gen und die Berichte aus Japan belegen, dass die in Japan aufgedeckten Probleme nicht einfach auf die Schweizer Werke übertragen werden dürfen. Das haben mittlerweile auch die Energiewende-Befürworter eingesehen und ihre Argumentation angepasst: Der Bau von neuen Kernkraftwerken sei nach Fukushima «politisch nicht durchsetz-

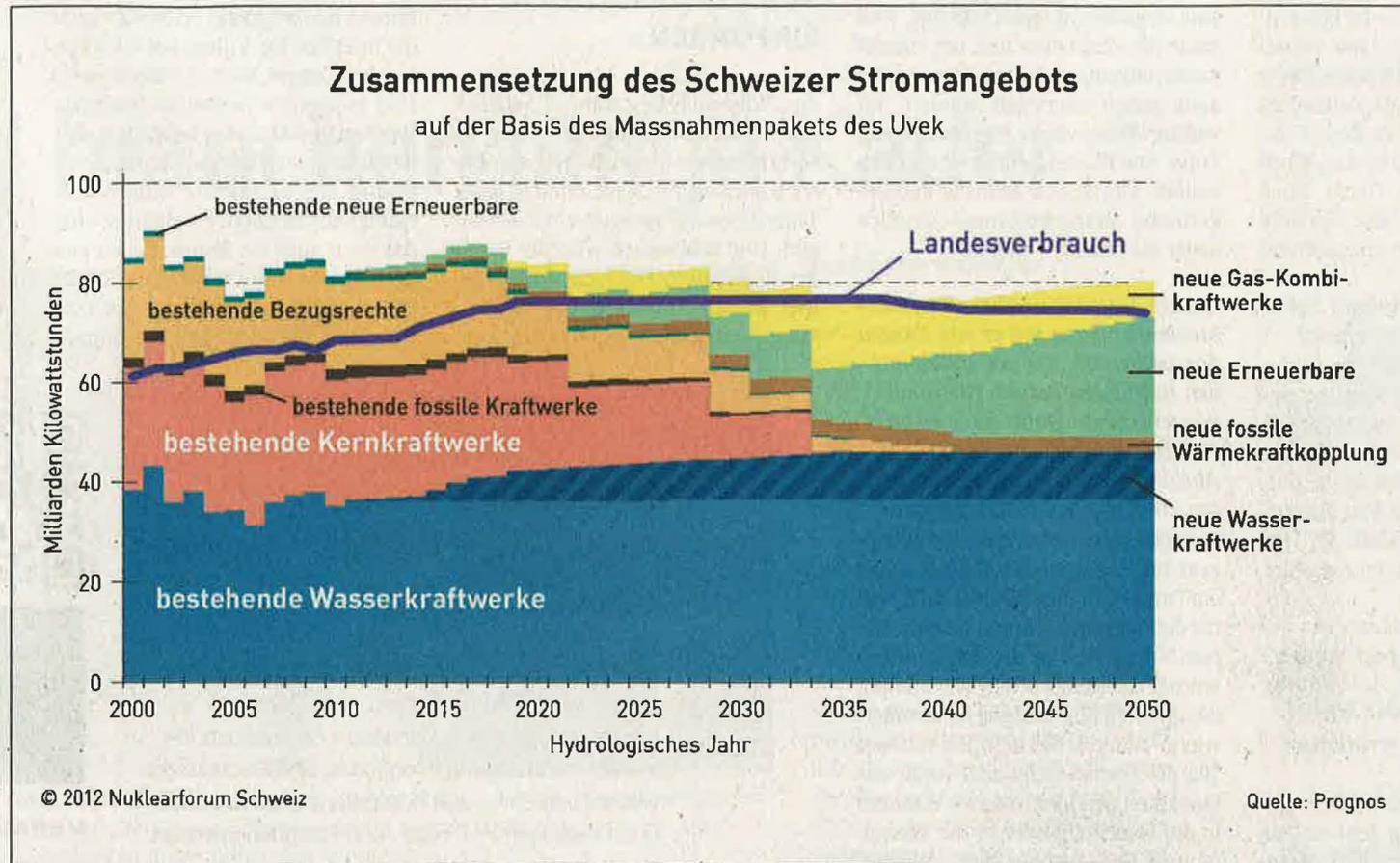
bar». Je länger je mehr zeigt sich nun jedoch, dass die Energiewende selbst ein Problem mit der «politischen Durchsetzbarkeit» haben dürfte.

Widersprüchliche Strategie

Die neue Energiepolitik des Bundesrats bleibt auch nach den neusten Ausführungen vom April 2012 wenig fundiert.

Es bestehen Widersprüche zwischen fossiler Stromproduktion und Klimaschutz, zwischen dem massiven Ausbau der Wasser- und Windkraft und dem Gewässer- und Landschaftsschutz, zwischen massenhaft Solarpanels und dem Übertragungsnetz, zwischen Kosten und vorhandenen Mitteln, zwischen Versorgungssicherheit und

zunehmender Importabhängigkeit sowie zwischen der Marktliberalisierung und einer Subventions- und Planwirtschaft. Die unterschiedlichsten Kreise und Organisationen haben denn auch schon Widerstand angekündigt. Gegen Windparks und Wasserkraftwerke wehren sich Natur- und Landschaftsschützer ebenso wie Grüne gegen Gaskraft-



Stösst auf Widerstand: «Energiestrategie 2050».

werke; die vorgesehenen finanzpolitischen Massnahmen stossen derweil bei freisinnigen und bei Industrie und Gewerbe auf Ablehnung.

Kritische Aussensicht

Die neue Energiepolitik basiert auf zweifelhaften Prognosen, insbesondere was den künftigen Stromverbrauch anbelangt. Die Folgen der neuen Energiepolitik liegen hingegen auf der Hand: Die Energie wird teurer und die Wirtschaftsfreiheit eingeschränkt, die Klimaziele werden verfehlt und die Auslandsabhängigkeit unserer Energieversorgung nimmt zu. Auch die Aussensicht auf diese Energiestrategie ist ernüchternd: Die Internationale Energieagentur (IEA) hat festgehalten, dass die Schweizer Energiepolitik mit dem Atomausstiegentscheid vor «grossen Herausforderungen» steht. Die Schweiz ist heute in der komfortablen Lage einer weitgehend CO₂-freien Stromversorgung, so die IEA. Der Atomausstieg sei ein «ehrgeiziges Ziel» und die vom Bundesrat bisher skizzierten Massnahmen würden dafür nicht ausreichen. Zudem sieht die IEA «Schwierigkeiten» bei der Stabilisierung des Stromverbrauchs nach 2020.

Das «ehrgeizige Ziel» des Atomausstiegs wurde uns vorschnell und ungefragt vorgelegt. Die «grossen Herausforderungen» und «Schwierigkeiten» wären gar nicht nötig. Vor Fukushima war die Energiepolitik des Bundesrates wirtschafts- und umweltfreundlich, indem sie auf den Ausbau der Erneuerbaren und Kernenergie soweit nötig setzte.